

Teltow-Fläming

Bericht zur Februar-Sitzung des Kreistages

Am 24. Februar kam der Kreistag Teltow-Fläming zu seiner ersten Sitzung des Jahres 2025 zusammen. Nachfolgend eine Auswahl zu den Tagesordnungspunkten.

Wahl eines*r weiteren stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden

Für den 2. stellvertretenden Vorsitzenden kandidierte erneut ein Kreistagsmitglied der AfD. Da dies nun seit der Kommunalwahl im Juni 2024 die vierte Kandidatur eines Mitglieds aus der AfD-Fraktion für diese Position war, fanden wir, es wäre an der Zeit, eine Alternative zur Wahl anzubieten. Schlichtweg ging es am Ende darum, dass Kreistagspräsidium mit einer zweiten Stellvertretung für den Vorsitzenden zu vervollständigen. Und auch, wenn die AfD jetzt im Nachgang klagen sollte, man habe ihr wieder einmal demokratische Rechte verwehrt und sie ausgegrenzt – die AfD hatte das Recht, eigene Kandidaten zur Wahl zu stellen. Das tat sie ja nun schon zum vierten Mal. Aus dem Recht einer Kandidatur entsteht aber kein Anspruch auf eine Wahl.

Aus unserer Fraktion schickten wir daher Angelika Linke, immerhin Alterspräsidentin des aktuellen Kreistages, in die Wahl.

Im ersten Wahlgang erreichte der AfD-Kandidat bei 44 abgegebenen Stimmen und einer ungültigen Stimme 17 Ja-Stimmen. Auf Angelika Linke entfielen 25. Damit war die nötige absolute Mehrheit von 29 Stimmen nicht erreicht. Ein zweiter Wahlgang wurde nötig, hier reichte die einfache Mehrheit. An diesem Wahlgang beteiligten sich 43 Kreistagsmitglieder, auch hier war wieder eine Stimme ungültig. Der AfD-Kandidat er-

hielt nur noch 15 Ja-Stimmen, auf Angelika Linke entfielen nun 27. Sie wurde damit zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Kreistages gewählt.

Herzlichen Glückwunsch!

Haushaltswurf 2025: Debatte in den Gremien startet

Den Entwurf und das dazu nötige Haushaltssicherungskonzept nahm der Kreistag als Diskussionsgrundlage für die kommenden Beratungen zur Kenntnis.

Die Haushaltslage des Landkreises ist angespannt. Ein Hauptgrund ist, dass die Sozialausgaben immer mehr steigen. Schuld daran ist falsche Sozialpolitik in Bund und Land, deren finanzielle Folgen die kommunale Ebene mittragen muss. Ohne dafür ausreichend Mittel zu erhalten.

Ende des Jahres 2023 fand durch den Bund zum Beispiel ein Flüchtlingsgipfel statt, ohne Beteiligung der Kommunen. Dort wurde erörtert, den Kommunen ein Prozent der Umsatzsteuererlöse zuzubilligen, um die erhöhten Sozialausgaben in Deutschland zu stemmen. Denn die Landkreise müssen zum Beispiel 30 Prozent der Kosten der Unterkunft für Bedürftige bezahlen, der Bund übernimmt nur 70 Prozent.

Auf diese Umsatzsteuer-Beteiligung warten die Kommunen bis heute, mehr als ein Jahr nach dem Gipfel. Aber die Kosten der Unterkunft steigen, Stichwort Miete, Energiekosten. Wenn die Regierungen in Bund und Land falsch handeln und im Landkreis dadurch das Geld fehlt, kann man die Schuld also nicht beim Landkreis suchen!

Obendrauf kommen von Seiten des Landes weniger Schlüsselzu-

weisungen im Landkreis und dessen Kommunen an: ganze zehn Millionen Euro weniger sind es. Nichtsdestotrotz will der Landkreis investieren: in den Brand- und Katastrophenschutz, in den Breitbandausbau, in Schulen, Kitas und Infrastruktur, ebenso in den ÖPNV. Und neben all dem sind Sparmaßnahmen angelaufen. Zur Wahrheit gehört jedoch, dass die nun im Haushaltsentwurf stehende Kreisumlage in Höhe von 43 Prozent die finanziellen Probleme des Landkreises nicht lösen wird. Dafür müsste die Umlage wesentlich höher angesetzt werden. Dies wiederum würde den Städten und Gemeinden in Teltow-Fläming aber die Luft zum Atmen nehmen. Insofern nimmt der Landkreis hier Rücksicht – was zu einem Defizit von rund 19 Millionen Euro führen wird. Im Ergebnis wird für den Haushalt 2025 ein Haushaltssicherungskonzept nötig. Dieses, als Bestandteil des Haushaltsplanes 2025, muss durch das zuständige Ministerium für Inneres und Kommunales genehmigt werden. Der aktuelle Zeitplan ist, dass nach Diskussion in allen Ausschüssen dann im April-Kreistag der Haushalt beschlossen wird. Danach geht alles ans Ministerium zur Genehmigung.

Zulassungsstelle für Kfz in Zossen

Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt. Oder: Die AfD und die Realität. So könnte man den Vorgang knapp zusammenfassen. Spätestens seit Juni 2022 ist klar, dass die Außenstelle der Kfz-Zulassungsstelle des Landkreises in Zossen geschlossen und in Luckenwalde zentralisiert werden soll. Das war schon Festlegung im

Haushaltssicherungskonzept des Landkreises aus dem Jahr 2014! Jetzt, im Februar 2025, kommt die AfD mit ihrem Antrag, den Standort in Zossen erhalten zu wollen. Warum die AfD für ihr Anliegen so viele Jahre gebraucht hat, ist ihr Geheimnis. Einen sinnvollen Zusammenhang jedenfalls gibt es, für uns zumindest, nicht.

Hinzu kommt, dass der Mietvertrag für das bisherige Objekt in Zossen immer teurer wurde. Waren es im Jahr 2021 noch rund 230.000 Euro pro Jahr, werden es für 2025 über 350.000 Euro sein! Die Haushaltslage des Landkreises ist angespannt, siehe oben. Oft genug wurde darüber geklagt, dass die Servicezeiten der Zulassungsstelle eingeschränkt sind: Personalmangel durch Krankheit oder Urlaub sowie wegen nicht besetzter Stellen tragen zur hohen Arbeitsbelastung der verbliebenen Beschäftigten bei. Zur Wahrheit gehört aber offenbar auch, dass viele Berliner*innen und Potsdamer*innen nach Teltow-Fläming ausweichen, wenn deren eigene Zulassungsstellen nicht erreichbar sind.

Im Ergebnis wird in Luckenwalde also die Zulassungsstelle zentralisiert, die Erreichbarkeit wird gesteigert, Kosten gesenkt. Die Ablehnung des AfD-Antrages erschien daher logisch. Zumindest für die Mehrheit des Kreistages. Der Kreistag votierte dazu in namentlicher Abstimmung mit 16 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen gegen den Antrag der AfD.

Felix Thier,
Vorsitzender der Fraktion
Die Linke/Die PARTEI-PDS

Wer die komplette
Kreistagssitzung im
Detail nachverfolgen
möchte, wird in
unserem Newsletter
EinBlick fündig



Scan me!

Wahl- auswertung

Das Blaue- und das Rote Wunder



Gregor Gysi spricht auf dem Bundesparteitag zum Wahlprogramm



Foto: F. Thier

Das Rote Wunder: Erfolge der Linken

Die Linke hat in dieser Wahl das Comeback des Jahres gefeiert. Mit Heidi Reichinnek und Jan van Aken sowie den Silberlocken Gysi, Bartsch und Ramelow setzte die Partei ein Ausrufezeichen nach dem anderen im Wahlkampf. Ausverkaufte Säle wurden zum Standard der Linken, die Silberlocken sprachen auf Kreuzungen, weil Kinosäle nicht ausreichten und Reichinnek sowie die Parteikanäle gingen bei Social Media durch die Decke.

Einem extremen Zuwachs an Mitgliedern, auf jetzt über 100.000 Genoss*innen, folgte ein Stimmenzuwachs von 4,9 auf rund 8,8%. Wir sind wieder die Stimme der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität im Bundestag. Die Wählerinnen und Wähler haben erkannt, dass wir die einzigen sind, die für eine sozial gerechte und ökologische Systemwende kämpfen.

Besonders ist, dass dieses Mal nicht nur die östlichen Bundesländer Die Linke stärkten, sondern auch im Westen Die Linke in keinem Bundesland unter 5% blieb. Unsere klaren Forderungen

nach sozialer Gerechtigkeit, Mietsenkungen, einem höheren Rentenniveau, Senkung der Mehrwertsteuer, Abschaffung der Schuldenbremse, einem starken Sozialstaat und der Bekämpfung des Faschismus mobilisierten vor allem junge Wähler*innen. Die Linke hat bewiesen, dass wir für viele die einzige glaubwürdige Option sind, während alle anderen Parteien ihre Politik mehr oder weniger weit nach rechts verschoben haben.

Deutschlands blaues Wunder: Alarmierendes Ergebnis für die AfD

Im krassen Gegensatz dazu steht das Ergebnis der AfD, die mit über 20% trotz ihrer extremen, menschenverachtenden Ansichten und ihren Spaltungsaktionen ihr bestes Ergebnis eingefahren hat. Dies ist nicht nur ein Rückschlag für die Demokratie, sondern das Ergebnis von medialem Populismus der Springerpresse und der Rückgratlosigkeit der demokratischen Parteien, die nach und nach die Forderungen der AfD übernahmen. Es ist ein alarmierendes Signal für die gesamte Gesellschaft, dass Hass und



Foto: privat

Jubelstimmung am 23. Februar: Wahlparty unseres Kreisverbandes im Ludwigsfelder Linkstreff.



Foto: privat

Bundestagskandidat Robert Kosin im Winterwahlkampf auf einer Demo.

Die Bundestagswahl 2025 war ein einschneidender Moment in der deutschen Politik. Bereits die Umfragen sahen die Katastrophe kommen. AfD und CDU haben, mit Hass und Hetze im Wahlkampf, eine komfortable Mehrheit im neuen Parlament errungen. Ob die SPD, die mit 16% ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis der Geschichte einfuhr, eine Beteiligung der AfD an der neuen Bundesregierung verhindern kann, wird sich in den Wochen nach der Wahl zeigen. Positiv hervorzuheben ist der vor Monaten noch absolut unrealistisch wirkende Erfolg der Linkspartei. Wenn vor Monaten noch das BSW im Bundestag gesehen wurde, zog Die Linke mit wehenden Fahnen und 8,8% wieder als Fraktion ein, während Wagenknechts Postenprojekt, nach bereits im Wahlkampf auftretenden Auflösungserscheinungen, an der 5%-Hürde scheiterte.

Ausgrenzung wieder bei jedem 5. in der Gesellschaft verankert scheinen. Die AfD hat sich als toxische Kraft etabliert, die Ängste schürt, Gegner einschüchtert und die soziale Spaltungen vertieft. Ihr Erfolg ist ein Ausdruck des zunehmenden Populismus und einer gefährlichen Abkehr von solidarischen Werten. Viele Wähler*innen haben sich von der AfD anziehen lassen, ohne die tiefen gesellschaftlichen Schäden zu erkennen, die sie anrichtet. Auch Wähler*innen der unteren Einkommenschichten liefen massenweise zur AfD, obwohl genau jene vom AfD-Programm drastisch benachteiligt würden. Die extreme Rhetorik und die menschenfeindlichen Positionen der AfD sind ein Angriff auf unsere Grundwerte von Gleichheit und Freiheit, der nun auch von der CDU vorangetrieben wird, die NGOs und Vereine, die sich für Demokratie einsetzen, einschüchtern will. Es ist unsere Verantwortung, gegen diese Entwicklungen anzukämpfen und eine klare, progressive Vision für die Zukunft zu präsentieren. Die Linke wird nicht tatenlos zusehen, wie sich unsere Gesellschaft weiter polari-

siert und antifaschistischer Kampf kriminalisiert wird.

Fazit
Die Bundestagswahl 2025 war ein Kampf zwischen zwei entgegengesetzten Visionen für Deutschland. Die Linke hat gezeigt, dass wir für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft eintreten. Gleichzeitig müssen wir die alarmierenden Erfolge der AfD als letzte Chance verstehen, um diese aufzuhalten. Es ist an der Zeit, entschieden gegen rechte Hetze und Spaltung vorzugehen. Wir werden nicht aufgeben, bedanken und bei all unseren Wähler*innen und Neumitgliedern. Die kommenden Jahre werden entscheidend sein, um die positiven Strömungen der Gesellschaft zu stärken und das gefährliche Gedankengut der AfD zurückzudrängen. Gemeinsam werden wir für ein gerechteres, solidarischeres und friedlicheres Deutschland kämpfen!

Dafür brauchen wir auch DICH! !

Tobias Lübbert, Wahlkampfleiter Die Linke TF



Foto: privat

Wahlkampf auch in Dunkelheit: Plakatieren gehörte dazu.



Foto: I. Vandré

Bundestagskandidatin Isabelle Vandré (vorn) und Wahlkampfhelfende in Ludwigsfelde



Foto: privat



Foto: F. Thier

So lief der Wahlkampf in Berlin



Foto: F. Thier

Die Brandenburger Landesvorsitzenden der Linken, Katharina Slanina und Sebastian Walter, gratulieren Robert Kosin (Mitte) zur Wahl auf Listenplatz 4.



Foto: privat

Landesvertreter*innenversammlung zur Wahl unserer Landesliste zur Bundestagswahl: die Vertreter*innen unseres Kreisverbandes mit unserem Kandidaten Robert Kosin (3. v. l.)

Bericht zur Sitzung der Gemeindevertretung

Der Saal war voll wie selten. Es mussten sogar weitere Stühle aufgestellt werden, um dem Andrang der Einwohner*innen gerecht zu werden. Auch ein Pressevertreter war gekommen. Denn dass die Sitzung der Gemeindevertretung (GV) Großbeeren am 30. Januar 2025 keine normale sein würde, war seit Wochen klar. Ging es doch im Tagesordnungspunkt 9.13 um eine Beschlussfassung zur Einleitung eines Bürgerentscheides über die Abwahl des Bürgermeisters Tobias Borstel – eingereicht von Borstels eigener Fraktion „Unser Großbeeren – Deine Stimme“ (UGDS).

Die Stimmung knisterte und die Anspannung war im Saal deutlich zu spüren. Bis zum Tagesordnungspunkt 7, der Einwohnerfragestunde, die in Großbeeren auf eine halbe Stunde begrenzt ist, ging es eher um Formalien. Ein ehemaliger Gemeindevertreter für die CDU (was er auch alle noch-

mal wissen ließ), stand als erstes auf und fragte die beiden Gemeindevertreter der Grünen, warum sie denn den Antrag der UGDS nicht unterschrieben hätten. Obwohl sie in ihrem Wahlprogramm zur Kommunalwahl im Sommer 2024 geschrieben hatten, dass sie einem Abwahlverfahren gegen den Bürgermeister nicht im Weg stehen würden.

Eine der angesprochenen Grünen antwortete daraufhin, dass es auf einem Blatt stünde, einen Antrag, der auch einfach inhaltliche Fehler habe, nicht zu unterschreiben. Aber auf einem anderen, ob für oder gegen einen Antrag gestimmt werde.

Der dritte Fragende, ehemaliger sachkundiger Einwohner für die CDU, sonst nicht müde Fragen für «seinen» Hockeyclub zu stellen, stellte dieselbe Frage, die schon der Erstfragende stellte. Nur, dass er die Adressaten auf all die Ge-

meindevertreter*innen ausweitete, die nicht unterschrieben hatten. Eine Gemeindevertreterin der SPD meldete sich zu Wort und fragte ihrerseits zurück, warum sie sich auf diese Art und Weise rechtfertigen müsse. Auch sie betonte nochmals, dass die Entscheidung darüber doch eine ganz andere Sache sei. Dabei trug der Antrag die benötigten zehn Unterschriften, um in die GV eingereicht werden zu können.

Ganz nebenbei gesagt, wusste die CDU um die Meinung der Fraktion SPD/Grüne/Linke. Denn ihr seit September 2024 bekannter Bürgermeisterkandidat – für die damals noch für Anfang 2026 geplante Bürgermeisterwahl – saß doch in mehreren Runden zusammen mit den anderen Fraktionsvorsitzenden und beriet mit allen zu diesem Thema.

Der Antrag selbst wurde dann auf Antrag unserer Fraktion mit Hin-

weis auf Fristen zurückgezogen. Er soll nun so erneut eingereicht werden, dass keine Sondersitzung der GV nötig wird. Damit soll sichergestellt werden, dass die GV abstimmungsfähig ist. Es benötigt 13 Stimmen, damit der Antrag als angenommen gilt. Dann hat der Bürgermeister eine Woche Zeit, darauf zu reagieren. Er muss entscheiden, ob er die Abwahl durch die GV annimmt, so auf einen Bürgerentscheid verzichtet und den Bürger*innen so einen Urnengang erspart. Sollte er verzichten, bekäme er bis zum Ende seiner regulären Amtszeit 70 % seiner Bezüge. Worin dann auch begründet liegt, warum er nicht von sich aus zurücktritt und den Weg für eine dringend nötige Neuwahl frei macht.

Robert Kosin,
Fraktion SPD/Grüne/Die Linke

Luckenwalde

Die Luft wird dünner – Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2025 der Stadt Luckenwalde und Initiativen unserer Fraktion

Auf der Januar-Sitzung der Luckenwalder Stadtverordnetenversammlung (SVV) wurde der Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 präsentiert. Die Stadt steht vor der Herausforderung, ein Defizit von rund 4,5 Millionen Euro auszugleichen. Hierfür wird die Stadt auf ihre Rücklagen zurückgreifen müssen.

Ein Defizit dieser Größe bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Stadt mit ihren finanziellen Mitteln nicht verantwortungsvoll umgeht. Vielmehr zeigt es ein strukturelles Problem: die anhaltende Unterfinanzierung der Kommunen in ganz Deutschland. Städte und Gemeinden müssen zahlreiche Aufgaben übernehmen, die ihnen von Bund und Ländern übertragen wurden – jedoch ohne ausreichende finanzielle Mittel

dafür zu erhalten. Diese Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird zusätzlich durch steigende Personalkosten sowie erhöhte Energiepreise verschärft. Langfristig kann dieses Ungleichgewicht zur Verschuldung und zu einer eingeschränkten Handlungsfähigkeit der Kommunen führen. Viele Städte müssen bereits ihre Investitionstätigkeit einschränken – mit negativen Folgen für die öffentliche Infrastruktur und die Lebensqualität der Bürger*innen. So könnten beispielsweise Kürzungen dazu führen, dass Einrichtungen und soziale Angebote wie die Fläming-Therme, Jugendclubs, Sportstätten oder die Bibliothek nicht mehr in gewohntem Umfang finanziert werden können.

Luckenwalde ist aber noch nicht an diesem Punkt. Die Stadt plant auch

2025 Investitionen von über fünf Millionen Euro in ihre Infrastruktur und das Wohl der Bürger*innen. Dennoch sind für die Zukunft nachhaltige Lösungen gefragt.

Zur Sitzung brachte unsere Fraktion zwei Anträge ein. Der erste Antrag fordert die Einrichtung eines Senioren- und eines Behindertenbeirats, um älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen eine stärkere Mitwirkung an kommunalpolitischen Entscheidungen zu ermöglichen. Der zweite Antrag thematisiert die Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten in Luckenwalde am 7. April 1933. Wir wollen dieses Ereignis stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken – beispielsweise durch eine Gedenkplatte und die Einführung eines städtischen Gedenktages. Beide Anträge wurden zur wei-

teren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen. Unser Antrag zu den Beiräten wurde mittlerweile beschlossen.

In der SVV stellte sich auch der neue Geschäftsführer der LUBA GmbH vor. Die LUBA ist kommunales Unternehmen und Inklusionsbetrieb, betreibt unter anderem den Tierpark Luckenwalde und versorgt zahlreiche Bildungseinrichtungen mit Mahlzeiten. Insbesondere die Preisentwicklung des Schulessens war in der Vergangenheit Gegenstand kontroverser Diskussionen. Der neue Geschäftsführer will den Preis für das Mittagessen möglichst stabil halten und künftige Kostensteigerungen intern abfedern.

Martin Zeiler, Fraktion Die Linke/
BV/LÖS/Die PARTEI-PDS

Impressum

Herausgeber: Die Linke Kreisverband Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 28. Februar 2025
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Enviro® top Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern · Auflage: 1.400
März 2025, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.